

<https://www.agrarheute.com/politik/agrardiesel-bauernpraesident-droht-mehr-demonstrationen-ab-januar-615450> 18.1.2024

Agrardiesel: Bauernpräsident droht mit mehr Demonstrationen ab Januar
Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, will die Protestaktionen der Landwirte ab 22. Januar „flächendeckend, im ganzen Land“ fortsetzen, wenn sich beim Agrardiesel nichts bewegt. Das sagte der Präsident bei einer Fragestunde des Verbandes der deutschen Agrarjournalisten (VDAJ) am 18. Januar in Berlin.

Bauernpräsident Joachim Rukiwed ist empört. Während der VDAJ-Fragestunde sagt er: „Es brodelt gewaltig in der Branche“ und warnt, mit Hinblick auf die [Bauerndemonstrationen](#) vom vergangenen Montag in Berlin: „Das war das Vorbeben, wenn sich nichts verändert, kommt es zur Eruption.“ Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes verweist auf die heute stattfindende Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses zum Bundeshaushalt und sagt: „Ab kommendem Montag werden wir mit Aktionen fortfahren, flächendeckend in ganze Republik, wenn sich beim [Agrardiesel](#) nichts bewegt.“

Wie schätzt Rukwied die Zugeständnisse der Bundesregierung ein?

Die bisherigen Zugeständnisse der Bundesregierung, etwa zur Beibehaltung der Kfz-Steuer für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge, stellen Rukwied nicht zufrieden. Er erklärt: „Das war von Vornherein ein brutaler Belastungsvorschlag, möglicherweise strategisch aufgebaut: ‚Wir gehen mit einer Milliarde rein und nehmen dann die Hälfte zurück, dann werden die schon zufrieden sein‘.“ Jede Steuererhöhung sei eine zu viel. Bevor man jetzt über andere Themen wie einen Tierwohlcent diskutiere, müsse erst das Thema Agrardiesel vom Tisch. DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken sprach, im Hinblick auf das Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien von einem „Transformationsbankrott“. Jetzt die Diskussion über die Transformation der [Landwirtschaft](#) wieder zu eröffnen, gehöre nicht zum Thema.

Wie wollen die Bauern demonstrieren?

Bauernprotesten wie in Frankreich erteilt Rukwied eine klare Absage. Er sagt: „Wir wollen nicht eskalieren oder radikalieren, wir wollen Nadelstiche setzen, die weh tun.“ Protest werde stark und laut sein, aber friedlich bleiben. Darauf angesprochen, ob die Mobilisierung der Landwirtinnen und Landwirte mit dem Beginn der Arbeiten im Frühjahr schwieriger werde, erklärt der Bauernpräsident: „Die Bereitschaft weitere Aktionen durchzuführen ist nicht nur ausgeprägt, sondern vollumfänglich da. Die Bauernfamilien sind nicht bereit das Nichtgehörtwerden hinzunehmen.“ Seine Drohung, „das Land Lahmzulegen“, falls die Abschaffung des Agrardiesels beibehalten werde, wiederholte Rukwied nicht. Er verweist aber darauf, dass „70 bis 80 % der Bevölkerung unsere Proteste unterstützen.“

<https://lsvdeutschland.de/2024/01/18/bauern-wollen-keinen-soli-und-auch-keine-subventionen/> 15.1.2024

Bauern wollen keinen Soli ... und auch keine Subventionen!

Am 15. Januar 2024, im Kontext unserer Proteste, machte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir den Vorschlag eines Bauern-Soli. Der soll die Landwirte dabei unterstützen, ihre Ställe tierfreundlicher zu gestalten. Diesen Vorschlag lehnen wir nachdrücklich ab, auch wenn er Tierwohlabgabe oder Tierwohl-Cent heißt!

Hagen Stark, Vorstand LSV Deutschland e.V.: „Die Bauern protestieren gegen eine Steuererhöhung und als Reaktion schlägt Herr Özdemir eine neue Steuer vor?! Erst belastet man uns völlig über Gebühr, dann wieder etwas weniger, dafür dann aber die Verbraucher und die Kollegen aus der Fischerei. So geht das nicht.“

Stark weiter: „Landwirte sind Unternehmer und die Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingung für die Möglichkeit einer erfolgreichen Unternehmensführung zu schaffen.

Dazu gehört eine Wettbewerbsfähigkeit, zumindest auf dem inneneuropäischen Markt.“

Ein Wettbewerbsnachteil ist die Streichung der Agrardieselentlastung, auch wenn diese schrittweise kommt, es bedeutet eine massive

Steuererhöhung für die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland.

Daher ist dieser Vorschlag nicht akzeptabel!

LSV Deutschland e.V. und die angeschlossenen Landesverbände fordern daher, dass eine schrittweise Abschaffung sämtlicher

Subventionszahlungen erfolgt, wenn den heimischen Landwirten ZUVOR die nötigen gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen wurden, um mit dem Erlös der landwirtschaftlichen Erzeugnisse betriebswirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Neue Steuern oder Abgaben, Bauernmilliarden, Solis und so weiter stehen der Entwicklung hin zu einer starken, zukunftsfähigen Landwirtschaft entgegen. Unternehmer werden zu Unterlassern. Transfergeldempfänger haben keine Gestaltungsmöglichkeiten. Subventionsempfänger sind Bittsteller und keine Partner, das muss sich ändern.